


Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Beteiligungen am 04.03.2026

Sitzungsort:	Rathaus, Raum 225, Ratssitzungssaal, Fischmarkt 1, 99084 Erfurt
Beginn:	17:05 Uhr
Ende:	18:34 Uhr
Anwesende Mitglieder des Ausschusses:	Siehe Anwesenheitsliste
Abwesende Mitglieder des Ausschusses:	Siehe Anwesenheitsliste
Sitzungsleiter:	Herr Schade
Schriftführer:	

Tagesordnung:

I.	Öffentlicher Teil	Drucksachen- Nummer
1.	Eröffnung und Begrüßung	
2.	Änderungen zur Tagesordnung	
2.1.	Tariftreue bei der Vergabe von Personenbeförderungsleistungen durch städtische Beteiligungen BE: Vertreter der Fraktion SPD & PIRATEN hinzugezogen: Beigeordneter für Finanzen, Beteiligungen und Theater	0419/26
3.	Dringliche Angelegenheiten	
4.	Genehmigung der Niederschrift aus der öffentlichen Sitzung vom 21.01.2026	0220/26

- 5. Zukunft des Zalandostandes
BE: Leiterin des Amtes für Wirtschaftsförderung

- 6. Behandlung von Anfragen

- 6.1. Ein Kulturprogramm zur Unterstützung des russischen Angriffskriegs? Erfurt – Tourismus bewirbt Grand Classic Ballet im Kaisersaal **0199/26**
 Fragesteller: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Frau Wahl
 hinzugezogen: Beigeordneter für Finanzen, Beteiligungen und Theater/ Geschäftsführer der Kaisersaal Erfurt GmbH

- 7. Festlegungen des Ausschusses

- 7.1. Festlegung aus der öffentlichen Sitzung des WuB vom 21.01.2026 zur Drucksache 2784/25 - Keine visuelle Reizüberflutung in der Altstadt - hier: Nutzung der Bildschirme **0200/26**
 BE: Beigeordneter für Finanzen, Beteiligungen und Theater

- 8. Informationen

- 8.1. Mündliche Informationen

- 8.1.1. Wie wirkt sich der erneute Streik bei der EVAG auf die Stadt aus? **0465/26**
 Fragesteller: Vertreter der Fraktion Die Linke
 hinzugezogen: Beigeordneter für Finanzen, Beteiligungen und Theater

- 8.2. Sonstige Informationen

I. Öffentlicher Teil

Drucksachen-
Nummer

1. Eröffnung und Begrüßung

Der Ausschussvorsitzende, Herr Schade (Fraktion SPD & PIRATEN), eröffnete die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Beteiligungen, begrüßte den Beigeordneten für Finanzen, Beteiligungen und Theater, die Ausschussmitglieder und alle Gäste. Anschließend stellte der Ausschussvorsitzende die form- und fristgemäße Einladung, sowie die Beschlussfähigkeit gemäß § 36 Abs. 1 ThürKO fest.

Zum Sitzungsbeginn waren 14 stimmberechtigte Mitglieder anwesend.

2. Änderungen zur Tagesordnung

Der Ausschussvorsitzende, Herr Schade (Fraktion SPD & PIRATEN) informierte, dass durch die einreichende Fraktion SPD & PIRATEN die Drucksache 0419/26 - Tariftreue bei der Vergabe von Personenbeförderungsleistungen durch städtische Beteiligungen - vertagt wurde.

Weiter erklärte der Vorsitzende, dass unter dem Tagesordnungspunkt 8.1.1 ein Antrag auf mündliche Information der Fraktion Die Linke - Drucksache 0086/26 (Wie wirkt sich der erneute Streik bei der EVAG auf die Stadt aus?) - auf die Tagesordnung aufgenommen werden soll.

Es erfolgten keine Wortmeldungen, weshalb der Ausschussvorsitzende um Abstimmung über die Aufnahme in die Tagesordnung bat. Für die Aufnahme dieser Drucksache auf die Tagesordnung wurde eine einfache Mehrheit der anwesenden Ausschussmitglieder benötigt.

Abstimmungsergebnis Ja 12 Nein 2 Enthaltung 0 Befangen 0

Auf die Nachfrage des Vorsitzenden ob weitere Anträge zur Änderung der Tagesordnung vorliegen, zeigte Frau Stange (Fraktion Die Linke) energisch ihr Unverständnis, wieso eine Entscheidungsvorlage ihrer Fraktion für diese Ausschusssitzung nicht zugelassen wird.

Der Referent des Bereiches Oberbürgermeister hielt im Folgenden die Gegenrede zu der Ausführung von Frau Stange.

Es erfolgten keine weiteren Wortmeldungen und weitere Anträge zur Änderung der Tagesordnung wurden nicht gestellt, weshalb der Ausschussvorsitzende um Abstimmung der geänderten Tagesordnung bat.

Abstimmungsergebnis Ja 14 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

- 2.1. Tariftreue bei der Vergabe von Personenbeförderungsleistungen durch städtische Beteiligungen 0419/26
BE: Vertreter der Fraktion SPD & PIRATEN
hinzugezogen: Beigeordneter für Finanzen, Beteiligungen und Theater

Aufgrund der Vertagung unter dem Tagesordnungspunkt 2, erfolgte keine Behandlung in dieser Ausschusssitzung.

vertagt

3. Dringliche Angelegenheiten

Es lagen keine dringlichen Angelegenheiten vor.

4. Genehmigung der Niederschrift aus der öffentlichen Sitzung vom 21.01.2026 0220/26

Es lagen keine schriftlichen Einwände vor und mündlich wurden keine Einwände geäußert.

genehmigt Ja 11 Nein 0 Enthaltung 3 Befangen 0

5. Zukunft des Zalando Standortes BE: Leiterin des Amtes für Wirtschaftsförderung

Den Vertretern des Betriebsrates der Zalando Logistics SE & Co. KG wurde einstimmig das Rederecht erteilt.

Die Leiterin des Amtes für Wirtschaftsförderung informierte zu dem aktuellen Stand. Seit dem 19.01.2026 ist die Bundesagentur für Arbeit bei Zalando Vorort vertreten, um die Belegschaft direkt beraten zu können. Am 26.02.2026 fand mit der Bundesagentur für Arbeit und dem Unternehmen Zalando eine Jobmesse im Parksaal des Steigerwaldstadions statt. Diese Veranstaltung wurde von ca. 70 Unternehmen/ Institutionen und über 1.100 Mitarbeitern angenommen, so die Amtsleiterin. Die Stadtverwaltung war mit den beteiligten Ämtern selbst bei der Jobmesse vertreten. Im Nachgang gab es bereits schon positive Rückmeldungen durch Unternehmen, führte die Amtsleiterin aus. In dem darauffolgenden Tag fand ein „Rundertisch“ um die Vorort-Beratung und eine Informationsveranstaltung für Menschen mit Beeinträchtigung abzusprechen und ein selbiges Vorgehen für Menschen mit Migrationshintergrund zu gewährleisten. Abschließend erklärte die Amtsleiterin, dass man weiterhin regelmäßige Treffen in der Taskforce abhält, um einen kontinuierlichen Austausch zu haben.

Die Vertreter des Konzerns bestätigten die Ausführungen der Leiterin für Wirtschaftsförderung, aber legten dar, dass die Bundesagentur für Arbeit zunächst nur die Mitarbeiter mit einem befristeten Arbeitsvertrag beratend tätig ist und äußerten daher den Wunsch, auch die Mitarbeiter mit einem unbefristeten Arbeitsvertrag zu berücksichtigen. Weiter erklärten sie, dass die Jobmesse seitens der Belegschaft gut angenommen wurde, jedoch viele Arbeitsangebote zu weit entfernt sind und eine Vielzahl der Mitarbeiter zunächst den Sozialplan abwarten möchten. In Bezug auf den Rundentisch fragten die Vertreter nach, wie für die Taubstummmitarbeiter die Dolmetscher gewährleistet werden und hinterfragten zudem die Kostenübernahme für die Dolmetscher. Die Vertreter erklärten zudem, dass für die Mitarbeiter mit Migrationshintergrund das geforderte Sprachniveau B1 von vielen Arbeitgebern eine enorme Hürde darstellt und fragten nach den Möglichkeiten, wie die Stadtverwaltung an dieser Stelle unterstützend tätig werden kann.

Frau Stange (Fraktion Die Linke) hob kritisch hervor, dass die Geschäftsführung die gestellten Fragen der Mitarbeiter auf der Mitarbeiterversammlung im vergangenen Februar nur unzureichend beantworten konnte und hinterfragte zu dem, ob seitens der Geschäftsführung die Beweggründe für die Standortschließung im Nachgang an diese Versammlung dargelegt wurden und wie viele Mitarbeiter betroffen sind.

Die Vertreter erklärten, dass seitens der Geschäftsführung das Wording angepasst wurde und man jetzt von einer „Planung zur Schließung des Standortes“ spricht, wobei das Datum der Schließung noch offen ist. Grundsätzlich legte die Geschäftsführung dar, dass eine Fehlplanung des Wirtschaftswachstums und ein Sonderkündigungsrecht des vorhandenen Mietobjektes die Gründe für die Schließung sind, so die Vertreter weiter.

Herr Stampf (Fraktion Die Linke) unterstrich kritisch die die stufenweise Entlassung und fragte zudem nach ob eine Auffanggesellschaft gegründet wird.

Eine Auffanggesellschaft bzw. Transfergesellschaft ist Teil des Sozialplanes und soll mit diesem erarbeitet werden, antworteten die Vertreter. Weiter verdeutlichten sie, dass spe-

ziell für die Mitarbeiter mit Migrationshintergrund eine Zwischenlösung gefunden werden soll, um ihren Aufenthalt in Deutschland abzusichern.

Ob eine Aufschlüsselung der Mitarbeiter, welche der europäischen Freizügigkeit und mit Aufenthaltstitel möglich ist, wollte Herr Maicher (Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN) wissen und beleuchtete darüber hinaus das Vorgehen der Geschäftsführung kritisch.

Die Leiterin des Amtes für Wirtschaftsförderung erklärte, dass man bisher noch keine genauen Zahlen vorliegen hat.

Wie die Kündigungsfristen strukturiert sind, wollte Herr Burkhardt, sachkundiger Bürger der Fraktion SPD & PIRATEN, wissen.

Im Unternehmen sind ca. 1.600 Mitarbeiter seit über 8 Jahren beschäftigt und haben daher eine Kündigungsfrist von 3 und mehr Monaten, weshalb die ersten Kündigungen ab dem 30.04. zugehen müssten, um die öffentlich bekannte Schließung zum 30.09. seitens der Geschäftsführung vollziehen zu können, antworteten die Vertreter.

Herr Prechtl (Fraktion Mehrwertstadt) legte dar, dass eine Kooperationsfähigkeit scheinbar nicht gegeben ist und die Situation sich zeitlich weiter verschiebt.

Bei der Belegschaft wird dennoch eine sehr große Ungewissheit hervorgerufen, so die Vertreter.

Im Folgenden bat Herr Prechtl in der kommenden Ausschusssitzung über die Situation der Mitarbeiter mit unbefristeten Arbeitsverträgen, die Problematik der Taubstumm-mitarbeiter und über die Berücksichtigung der und Möglichkeiten der Einwirkungen seitens der Stadtverwaltung für die Sprachkurse für die Mitarbeiter mit Migrationshintergrund zu informieren.

An dieser Stelle bat Frau Stange über die Arbeitslosenzahlen in Erfurt unter der Berücksichtigung von Zalando zu informieren.

Die aktuellen und allgemeinen Zahlen können auf der Internetseite der Bundesagentur für Arbeit eingesehen werden, so Herr Waßmann (Fraktion CDU).

Die Vertreter erklärten, dass man nicht nur die Mitarbeiter bei Zalando betrachten darf, sondern auch die der Zulieferer und Subunternehmen und daher sind weit mehr als 3.000 Beschäftigte betroffen.

Es erfolgten keine weiteren Wortmeldungen.

6. Behandlung von Anfragen

- 6.1. Ein Kulturprogramm zur Unterstützung des russischen Angriffskriegs? Erfurt – Tourismus bewirbt Grand Classic Ballet im Kaisersaal 0199/26
Fragesteller: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Frau Wahl
hinzugezogen: Beigeordneter für Finanzen, Beteiligungen und Theater/ Geschäftsführer der Kaisersaal Erfurt GmbH

Dem Geschäftsführer der Kaisersaal GmbH wurde einstimmig das Rederecht erteilt.

Der Geschäftsführer der Kaisersaal GmbH erklärte, dass durch die Pächterin eine Gefährderanalyse vollzogen wurde und somit die Veranstaltung abgeschätzt werden konnte. Aufgrund dieser Gefährderanalyse wurden beispielsweise im letzten Kalenderjahr fünf Veranstaltungen untersagt, so der Geschäftsführer. Aber speziell diese Veranstaltung wird bereits seit mehreren Jahren im Kaisersaal abgehalten und auch in diesem Jahr lag kein Anhaltspunkt in der Prüfung durch die Pächterin vor, um die Veranstaltung zu untersagen.

Herr Maicher (Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN) erfragte, ob bei dieser Veranstaltung eine neue und aktuelle Prüfung des Veranstalters von Nöten ist.

Der Beigeordnete für Finanzen, Beteiligungen und Theater gab den Hinweis, dass es sich um ein privatwirtschaftliches Unternehmen handelt und ein Eingriff durch die Stadtverwaltung nicht möglich ist.

Im Folgenden fragte Herr Maicher nach Gründen, warum die Veranstaltung nicht untersagt wurde.

An dieser Stelle können nun Mutmaßungen angestellt werden, so der Beigeordnete.

Es erfolgten keine weiteren Wortmeldungen.

zur Kenntnis genommen

7. Festlegungen des Ausschusses

- 7.1. Festlegung aus der öffentlichen Sitzung des WuB vom 21.01.2026 zur Drucksache 2784/25 - Keine visuelle Reizüberflutung in der Altstadt - hier: Nutzung der Bildschirme 0200/26
BE: Beigeordneter für Finanzen, Beteiligungen und Theater

Es erfolgten keine Wortmeldungen.

zur Kenntnis genommen

8. Informationen

8.1. Mündliche Informationen

- 8.1.1. Wie wirkt sich der erneute Streik bei der EVAG auf die Stadt aus? 0465/26
Fragesteller: Vertreter der Fraktion Die Linke
hinzugezogen: Beigeordneter für Finanzen, Beteiligungen und Theater

Dem Vorstandsvorsitzenden der Erfurter Verkehrsbetriebe AG (EVAG) wurde einstimmig das Rederecht erteilt.

Der Beigeordnete für Finanzen, Beteiligungen und Theater erklärte, dass die Auswirkungen der vergangenen Streiks wahrnehmbar waren. Weiter führte er aus, dass der kommunale Arbeitgeberverband die Interessen verhandelt und hierbei nur ein beschränkter Einfluss durch die EVAG möglich ist.

Der Vorstandsvorsitzende ergänzte die Ausführungen des Beigeordneten zu den aktuell geführten Verhandlungen und Forderungen seitens ver.di und legte folglich dar, welchen Handlungsspielraum die Arbeitgeberseite hat. Des Weiteren verdeutlichte er die Auswirkungen, wenn man von Arbeitgeberseite auf die öffentlich bekannten Forderungen haargenau eingehen würde. Abschließend sagte der Vorstandsvorsitzende, dass man seitens der EVAG eine Verhandlungsbereitschaft signalisiert hat, aber zeitnah von einer neuen Bestreikung ausgeht.

Der öffentliche Nahverkehr ist ein Mittel der Teilhabe, so Herr Prechtel (Fraktion Mehrwertstadt).

Frau Stange (Fraktion Die Linke) bewertete das Recht auf Streik positiv und fragte im Folgenden nach den Maßnahmen, welche im Vorfeld durch die Arbeitgeberseite unternommen wurde, um den anhaltenden Konflikt zu beseitigen.

Diese Ausführung wurde durch Frau Hantke (Fraktion SPD & PIRATEN) unterstützt.

Ob bei einem neuen Streik ein Notfahrplan für die Absicherung des Schülertransportes erarbeitet wird, wollte Herr Stampf (Fraktion Die Linke) wissen.

Herr Dr. Weißkopf (Fraktion CDU) hob an dieser Stelle das Streikrecht und die Tarifautonomie hervor und verdeutlichte, dass der Ausschuss, sowie Stadtrat, nur bedingt zuständig ist.

Der sachkundige Bürger der Fraktion CDU, Herr Pfistner, fragte nach, wie die Bestreikung der EVAG von Statten ging.

Der Vorstandsvorsitzende erklärte, dass eine Notdienstvereinbarung bedacht wurde, um den Schülerverkehr und die Daseinsfürsorge (z. B. Verkehr zu den Krankenhäusern) zu gewährleisten, jedoch wurde dies seitens von ver.di abgelehnt. Im Vorfeld wurde Deeskalation und ein Entgegenkommen seitens EVAG signalisiert, doch stand das bundeseinheitliche Vorgehen von ver.di dem entgegen. Weiter legte der Vorstandsvorsitzende die Forderungen und die Auswirkungen für die EVAG offen. Auf die Nachfrage von Herrn Pfistner ging der Vorstandsvorsitzende ein und erklärte, dass die Zufahrt zu dem Betriebshof der EVAG am Urbicher Kreuz blockiert wurde. Zwar gebe es die Möglichkeit mit Bussen und Straßenbahnen vom Gelände zukommen, doch benötige man die personellen Ressourcen, um den Betrieb abdecken zu können, so der Vorstandsvorsitzende abschließend.

Weitere Wortmeldungen erfolgten nicht.

zur Kenntnis genommen

8.2. Sonstige Informationen

Der Ausschussvorsitzende, Herr Schade (Fraktion SPD & PIRATEN) äußerte den Wunsch in den kommenden Ausschusssitzungen in Gänze über die aktuelle Situation des Wirtschaftsstandort Erfurt Informationen zu erhalten.

Da kein weiterer Informationsbedarf bestand, beendete der Vorsitzende die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Beteiligungen und stellte die Nichtöffentlichkeit her.

gez. Schade
Vorsitzender

gez. 
Schriftführer